

William Hitchcock ist Professor für Geschichte an der University of Virginia und derzeit Fellow an der American Academy in Berlin. Die RNZ traf den Faschismus-Experten am Rande eines Vortrags im Heidelberg Center for American Studies (HCA).

> Herr Professor Hitchcock, viele Kritiker halten die Regierung von Donald Trump für faschistisch. Zu recht?

Ja, ganz eindeutig. In Trumps Auftreten lassen sich viele Merkmale des Faschismus erkennen, etwa, dass er immer wieder davon spricht, dass die Nation am Boden liege oder sich von einer Art Trauma erholen müsse. Auch, dass er einen Feind im Inneren ausmacht, der beseitigt werden müsse, um die Nation zu retten, ist ganz typisch. Außerdem ruft er seine Anhänger immer wieder indirekt zur Gewalt auf und versucht, die Demokratie und den Rechtsstaat auszuhöhlen. Dass eine Bewegung ganz auf einen Anführer ausgerichtet ist, ist ebenfalls ein Merkmal, das wir nun in den USA sehen.

> Wie steht die amerikanische Öffentlichkeit dazu?

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Amerika befürwortet den Faschismus nicht, überhaupt nicht. Es ist immer noch eine sehr offene, dynamische und freie Gesellschaft, die großen Wert auf demokratische Wahlen legt. Wir

haben also die Mittel, um diese Kräfte zurückzudrängen, die mehr und mehr auf autoritäre Maßnahmen setzen.

> Warum hat der Präsident dann immer noch so viel Rückhalt in der Bevölkerung?

Trump hat eine sehr breite Koalition gebildet. Evangelikale Christen erwarten, dass er einige ihrer wichtigen Anliegen umsetzt, andere hoffen auf seinen ökonomischen Sachverstand und ein nicht unwesentlicher Teil seiner Anhänger will eine möglichst strikte Migrationspolitik.

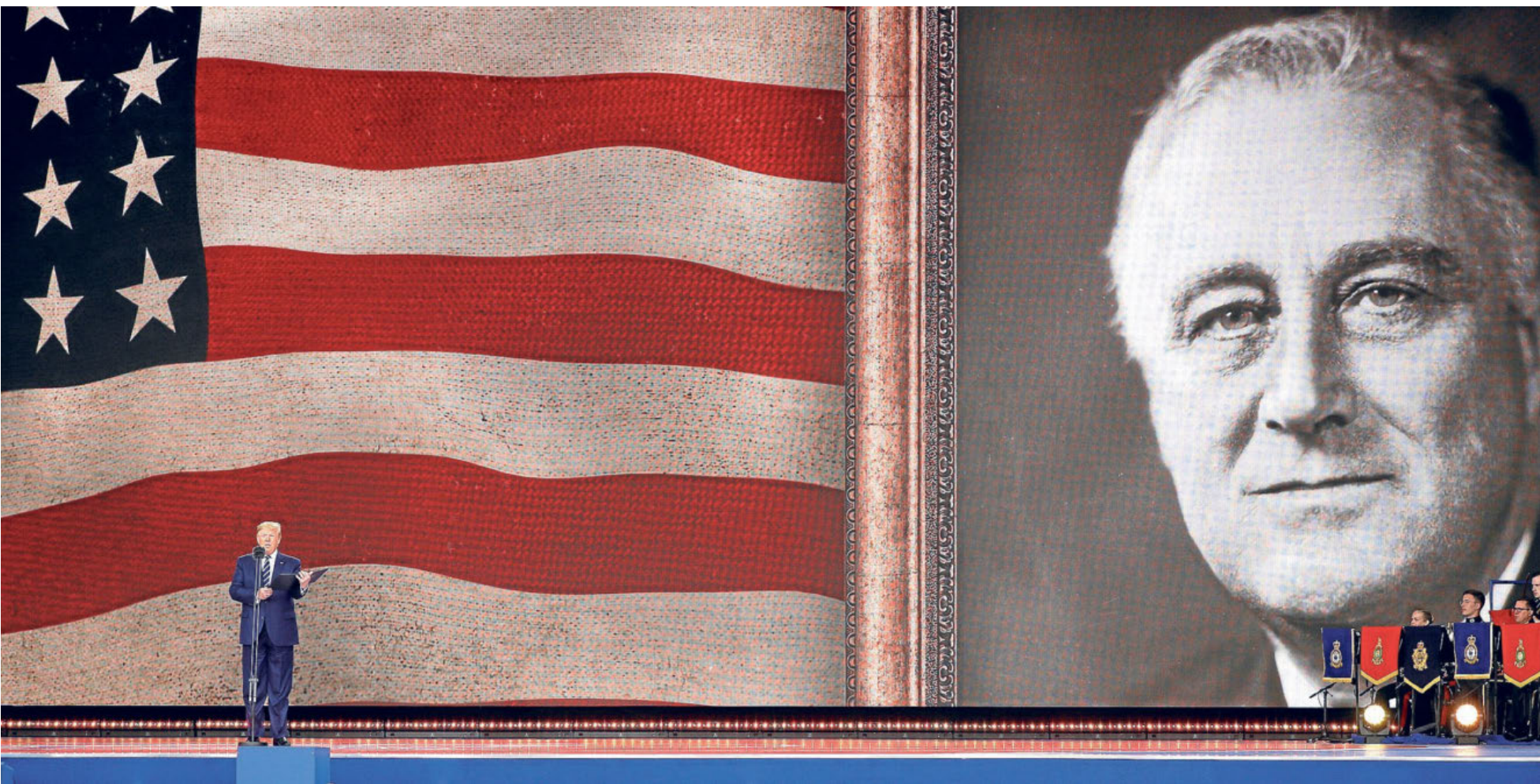


William Hitchcock.
Foto: zg

Viele dieser Menschen hoffen noch, dass der Präsident seine Wahlversprechen erfüllen wird. Wir sehen aber bereits, dass er sich vor allem um seine eigenen Interessen und die seines direkten Umfelds kümmert. Ich bin daher optimistisch, dass die meisten Teile von Trumps Politik in Amerika nicht populär sind.

> Woran machen Sie das fest?

Er verliert bereits an Zustimmung, sogar bei einigen Republikanern. Wir sehen, dass eine Mehrheit der Amerikaner wirklich sehr aufgebracht darüber ist, was passiert. Ich glaube daher, dass es eine sehr starke Chance gibt, dass das Pendel wieder in die andere Richtung schwingt. Eine faschistische Übernahme der USA wäre meiner Ansicht nach nur möglich,



Donald Trump (l.) spricht bei einer Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie vor einem Porträt des damaligen US-Präsidenten Franklin Roosevelt. Foto: dpa

„Die überwiegende Mehrheit der Amerikaner will keinen Faschismus“

Der US-Historiker William Hitchcock über die Lehren, die man heute noch aus der Ära des „New Deal“ ziehen kann, und die Hoffnung, die ihm der wachsende Widerstand gegen die Politik von Donald Trump macht / Von Christian Altmeier

wenn die amerikanische Gesellschaft nicht dagegen mobilisiert.

> Ist die Demokratie in den USA also nicht in echter Gefahr?

Doch, das ist sie. Ich denke, die Gefahr liegt vor allem in einer Art von Apathie, die sich einstellt, wenn eine politische Partei alles regiert. Die Republikaner kontrollieren die Präsidentschaft, den Kongress, die Gerichte und zunehmend auch die Behörden. Und das ist wirklich gefährlich. Auch Bereiche wie der Handel, die öffentliche Gesundheit, die Bildung oder die Energie werden nun politisiert. Und auf lange Sicht kann dies dazu führen, dass die Menschen sich machtlos fühlen und resignieren.

> In den 1930er Jahren hat sich der Faschismus in vielen Ländern Europas durchgesetzt. Warum nicht in den USA?

Dafür gibt es zwei Gründe. Einer ist das politische System. Die großen faschisti-

schen Parteien in Europa sind in der Regel durch ein parlamentarisches System an die Macht gekommen, obwohl sie – wie etwa die Nazis in Deutschland – nie eine eigene Mehrheit hatten. In den USA musste man durch das Präsidential-System wirklich eine Mehrheit erreichen. Deshalb hatten radikale Parteien auf der rechten Seite keine Chance.

> Und der andere Grund?

Der noch wichtigere Grund ist meiner Ansicht nach die Politik des damaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Er verdient große Anerkennung, weil er eine Antwort auf die Probleme der Zeit gefunden hat. Die Weltwirtschaftskrise hat der radikalen Rechten in Europa Auftrieb gegeben, weil viele Menschen von der Demokratie enttäuscht waren. Sie dachten, dass nur ein starker Mann und extreme Maßnahmen ihnen helfen könnten. Roosevelt dagegen präsentierte eine Alternative mit seinem Programm des

„New Deal“. In der Mitte dieser Krise mit 25 Prozent Arbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit war er überzeugt, dass die Demokratie dieses Problem beantworten kann.

> Welche Maßnahmen gehörten zum „New Deal“?

Im Wesentlichen hat Roosevelt versucht, den Kapitalismus fairer zu gestalten. Er wollte die Reichen mehr bezahlen lassen und die Wirtschaft stärker regulieren. Er konnte die Depression mit seinen Maßnahmen nicht beenden. Aber er hat die Folgen abgefedert, indem er ein staatliches Sicherheitsnetz für Arbeitslose, Kranke und Alte geschaffen hat. Er hat außerdem viel in die Bildung investiert, um mehr Menschen die Chance auf einen beruflichen Aufstieg zu geben. Er hat damit die Idee in Amerika begründet, dass die Regierung dafür Sorge trägt, dass niemand sich selbst überlassen wird. Und es ist ein erstaunlicher Erfolg, dass seine

Ideen als progressiv, aber nicht als radikal oder gar als revolutionär wahrgenommen wurden. Am Ende hat seine Vision fast ein halbes Jahrhundert überdauert.

> Könnte das auch heute funktionieren?

Ja, absolut. Die Amerikaner sollten darüber nachdenken, wie unser Land so ungleich und unfair geworden ist. Unser ökonomisches System wurde durch eine Generation von Pro-Business-Politikern entworfen. Die Anhänger beider Parteien sind sich jedoch im Grunde darin einig, dass Milliardäre nicht über unser Land und unsere Politik bestimmen sollten. Das ist, wo wir heute sind. Es ist also denkbar, dass es eine Art zweite New-Deal-Ära gibt, in der man versucht, das Problem der Ungleichheit zu lösen.

❶ Info: Was Hitchcock über die Radikalisierung der Republikaner und die Zukunft des Trumpismus nach Trump sagt: www.rnz.de/hintergrund

Erstmals mehr tote Kinder seit 25 Jahren

Bill Gates fordert Umdenken bei Entwicklungshilfegeldern – Kritik an unverhältnismäßigen Kürzungen Deutschlands

Von Johanna Haensel

Seattle/New York. US-Milliardär Bill Gates warnt vor Millionen zusätzlicher toter Kinder infolge weltweiter Kürzungen bei Hilfspgeldern. Die Zahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, werde in diesem Jahr erstmals seit der Jahrtausendwende wieder steigen, prognostizieren Forscher im Auftrag der Gates-Stiftung. „Der Hauptgrund für diesen Anstieg der Todesfälle ist, dass Hilfspgelder gekürzt wurden, mit denen Moskitonetze und Impfstoffe gekauft sowie Mütter und Kinder mit Nahrung versorgt werden“, sagte Gates der Deutschen Presse-Agentur.

Problem der Kürzungen

Im Gesundheitsbereich seien die weltweiten Entwicklungshilfegelder in diesem Jahr um 26,9 Prozent gesunken, heißt es in dem Bericht. Das liegt vor allem Entscheidung der USA, einen großen Teil ihrer Hilfszahlungen einzustellen. Aber auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere europäische Länder geben weniger Geld. „Ich bin der Meinung, dass Regierungen diese Hilfsbudgets nicht kürzen sollten, da solche Kürzungen den Tod von Millionen Menschen zur Folge haben“, sagte Gates.

Verschuldete Staaten

Die Stiftung des Microsoft-Mitgründers ist ein bedeutender Geldgeber im Bereich globaler Gesundheit und Entwicklung. Sie unterstützt unter anderem Programme gegen Krankheiten wie HIV, Tuberkulose und Malaria sowie Impfinitiativen in ärmeren Ländern. Die bisherigen Hilfspgelder machten höchstens zwei

Prozent der Budgets der Geberstaaten aus – ein Richtwert, den längst nicht alle erreichten. Sie bewirkten aber einen ungleich höheren Unterschied in armen Ländern. Diese seien zusätzlich durch stark wachsende Schulden belastet. „Es ist nicht so, dass sie über Geld verfügen, das durch diese Kürzungen auf magische Weise erscheint. Die Nettoauswirkung dieser Kürzungen ist, dass Kinder sterben“, sagte Gates der dpa.

Milliardäre keine Lösung

Private Zuwendungen von Milliardären können den Effekt nicht ausgleichen. „Ich spende bereits mein gesamtes Vermögen“, sagte der Microsoft-Gründer, der zu den reichsten Menschen der Welt gehört. „Es kommen zwar andere Philanthropen hinzu, aber das wird bei weitem nicht ausreichen, um die massiven Kürzungen der Regierungen auszugleichen.“

Die in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Erfolge drohten nun verloren zu gehen. Ein Beispiel ist die von Stechmücken übertragene Infektionskrankheit Malaria, die zu den wichtigsten Todesursachen bei Kindern unter 5 gehört. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) – deren größter Geldgeber nach dem Austritt der USA ebenfalls die Gates-Stiftung ist – berichtet, dass seit dem Jahr 2000 zwar 14 Millionen Todesfälle verhindert wurden, zuletzt die Malariafälle aber gestiegen seien.

Schrumpfende Mittel besser einsetzen

Gates betont zugleich, dass trotz sinkender Budgets noch Fortschritte möglich seien, wenn die vorhandenen Mittel gezielt eingesetzt würden. Als Beispiele nennt der Bericht die grundlegende Gesundheitsversorgung, die Ausweitung



Eine Mutter hält ihr Baby, das im Rahmen einer Studie im Walter Reed Project Research Center in Kombewa im Westen Kenias einen neuen Malaria-Impfstoff erhält. Kamerun startet das weltweit erste routinemäßige Impfprogramm gegen Malaria für Kinder. Foto: dpa

und Verbesserung von Standardimpfungen sowie den gezielten Einsatz von Daten, um Maßnahmen wie die Malariavorsorge punktgenauer dort einzusetzen, wo sie am nötigsten sind.

Grundlegende medizinische Versorgung könne für weniger als 100 US-Dollar im Jahr pro Person bis zu 90 Prozent aller Todesfälle bei Kindern verhindern. Würden die verfügbaren Mittel richtig eingesetzt, könnten etwa Malaria und Lungenentzündungen als Todesursachen bei Kindern ausgerottet werden, heißt es in dem Bericht.

Kürzungen gut prüfen

Die Bundesregierung will die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erneut senken – nachdem der Haushalt des Ministeriums bis 2020 allerdings jahrelang gestiegen war. 2026 sollen laut Haushaltsentwurf noch 9,94 Milliarden

Euro und damit rund 340 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr zur Verfügung stehen.

Noch stärker soll bei der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie an Beiträgen an die Vereinten Nationen und internationale Nichtregierungsorganisationen gespart werden. Stattdessen sollen die Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken steigen.

Gates mahnte die Bundesregierung zu Umsicht. „Deutschland kann sehr stolz auf die bereitgestellten Gelder sein und auf die unglaublichen Auswirkungen, die sie hatten“, sagte er der dpa. „Letztlich liegt es an den Entscheidungsträgern, ob sie unverhältnismäßige Kürzungen bei den Mitteln vornehmen, die das Leben von Kindern in den ärmsten Ländern der Welt retten. Ich hoffe sehr, dass solche unverhältnismäßigen Kürzungen nicht vorgenommen werden.“

Pentagon-Bericht belastet Hegeseth

Geheimnis-Weitergabe brachte Soldaten in Gefahr

Washington. (AFP) Der Druck auf US-Verteidigungsminister Pete Hegeseth steigt: Gut acht Monate nach der Enthüllung der sogenannten Chatgruppen-Affäre hat eine Pentagon-Untersuchung ergeben, dass der Ressortchef Soldaten mit der unverschlüsselten Weitergabe von Militärgheimnissen in Gefahr brachte. Laut dem am Donnerstag veröffentlichten Pentagon-Bericht nahm Hegeseth durch das Nutzen eines persönlichen Handys für Dienstzwecke und das Versenden der vertraulichen Informationen „Schaden für das Personal des Verteidigungsministeriums und für die Einsatzziele“ in Kauf.

Im März war bekannt geworden, dass Hegeseth im Messengerdienst Signal geheime Informationen über einen Militärschlag gegen die Huthi-Miliz im Jemen geteilt hatte. Zu der Signal-Gruppe war irrtümlich ein Journalist der Zeitschrift „The Atlantic“ eingeladen. Pentagon-Generalinspekteur Steven Stebbins schrieb nun dazu in seiner Untersuchung, Hegeseth habe über das „nicht genehmigte, unsichere Netzwerk“ Signal kommuniziert. Dabei habe er geheime Militärintformationen über „die Anzahl und die Angriffszeiten bemannter US-Flugzeuge über feindlichem Gebiet“ geteilt. Der Pentagon-Chef habe allerdings die Befugnis zur Freigabe solcher geheimer Informationen.

In den vergangenen Tagen wehrte sich Hegeseth zudem gegen Vorwürfe, er habe rechtswidrig die Tötung mutmaßlicher Drogenschmuggler vor der Küste Lateinamerikas angeordnet, die einen US-Angriff auf ihr Boot überlebt hatten.

Die „New York Times“ verklagte in dessen das Verteidigungsministerium wegen des Ausschlusses von Medien. Die neuen Pentagon-Regeln verstießen gegen die Pressefreiheit, hieß es in der Klageschrift.